

ohne weitere Aussprache abgestimmt werden würde. Ich halte das für möglich, aber damit Sie wissen, daß das so ist, lese ich die beiden Anträge, die uns vorliegen, vor. Zunächst der Antrag der Fraktion CDU/DA: Die Volkskammer wolle beschließen: Die geplante Übernahme der DDR-Energiewirtschaft von der Braunkohleförderung bis zum Endverteiler durch die drei führenden Stromkonzerne der Bundesrepublik Deutschland ist unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten problematisch. Die DDR-Regierung sowie das Amt für Wettbewerbsschutz der DDR werden beauftragt, diese Absicht zu prüfen und das Ergebnis der Volkskammer bis zur 17. Tagung mitzuteilen. Bis dahin können die Vertragsverhandlungen weitergeführt werden, jedoch kein Vertragsabschluß getätigt werden. - Bis zur nächsten Sitzung.

(Beifall)

Ich werde eben darüber unterrichtet, daß es auch einen Antrag der DSU, der Liberalen und der SPD ist.

(Böhme, SPD: Der SPD-Antrag war der erste.)

Die Reihenfolge ist keine Wertung.

(Zuruf: Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß die 17. Tagung heute ist.)

Das ist korrekt. Es handelt sich um die nächste. Also ein Schreibfehler - 18. Tagung.

Ich will dazu weiter unterrichten, daß von der Fraktion Bündnis 90/Grüne folgender Zusatz zu diesem Antrag beantragt wird, im Sinne eines Abänderungsantrages zu verhandeln. Dieser Satz lautet: Rechtsgeschäfte ähnlichen Charakters, die in Zuständigkeit anderer Ministerien vorbereitet werden, sind gleichfalls auf dieser Volkskammertagung berichtspflichtig.

Da ist, wenn ich das hinzufügen darf, ein gewisser Interpretationsspielraum, was „ähnlichen Charakters“ bedeutet.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Uli mann :

Meine Damen und Herren! Wir haben drei Anträge, und ich frage zunächst, ob zu diesen Anträgen das Wort gewünscht wird. - Wir müssen in der Reihenfolge Vorgehen, daß der weitestgehende Antrag, der ein Zusatz zu dem ersten ist, abgestimmt wird. Der Zusatz lautet: Die Volkskammer möge beschließen: Rechtsgeschäfte ähnlichen Charakters, die in Zuständigkeiten anderer Ministerien vorbereitet werden, sind gleichfalls auf der 18. Tagung der Volkskammer berichtspflichtig. - Dieser Antrag steht zur Abstimmung. - Ja, bitte.

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Ich möchte diesen Zusatzantrag ganz kurz begründen.

(Unruhe im Saal)

Das entsprechende Treuhandgesetz

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann: Herr Meisel hat das Wort.)

tritt am 1.7. in Kraft. Wir müssen uns bewußt sein, daß in der Zwischenzeit ein, ich will nicht sagen: rechtsfreier Raum, aber ein nicht ganz gesicherter Raum entsteht. Und was wir hier fordern, ist nichts weiter als eine Information der Volkskammer über solche ähnlichen Geschäfte so erheblichen Umfangs, damit sich die Volkskammer selbst ein Bild machen kann und hier keine Entscheidungen vor Inkrafttreten des Treuhandgesetzes getroffen werden, die wir dann alle bereuen.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:

Ich denke, diese Erläuterung reicht aus. Über den Antrag kann abgestimmt werden. Wer für ihn ist, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zuruf: Welcher Antrag?)

Das ist der Zusatz, nur der Zusatz. - Das muß gezählt werden. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne)

Wir kommen jetzt zu dem Gesamtantrag der Fraktion CDU/DA. Die Volkskammer wolle beschließen: Die geplante Übernahme - ich bitte um Ruhe! - der DDR-Energiewirtschaft von der Braunkohleförderung bis zum Endverteiler durch die drei führenden Stromkonzerne der Bundesrepublik Deutschland ist unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten problematisch. Die DDR-Regierung sowie das Amt für Wettbewerbsschutz der DDR werden beauftragt, diese Absicht zu prüfen und das Ergebnis der Volkskammer bis zur 18. Tagung mitzuteilen. Bis dahin können die Vertragsverhandlungen weitergeführt werden, jedoch kein Vertragsabschluß getätigt werden. - Wer ist für diesen Antrag, der ist um das Handzeichen gebeten. - Gegenstimmen? - Ich kann keine sehen. Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit 5 Enthaltungen angenommen.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Hö p p n e r:

Wir kommen jetzt zur Aussprache über das Ländereinführungsgesetz, Drucksache Nr. 84. Die Einführung war erfolgt.

(Unruhe)

Wir sind beim Ländereinführungsgesetz. Es kommen leider manchmal Unterbrechungen an Stellen, wo sie eigentlich nicht sein dürften. Wir hätten eigentlich den Tagesordnungspunkt zu Ende führen müssen.

Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß wir zweieinhalbtausend Leute verärgern, die heute abend in diesem Palast feiern wollen, wenn wir noch wesentlich länger als 14.00 Uhr tagen, und es ist 5 vor 14.00 Uhr. Ich bitte also darum, diese Aussprache auf das notwendige Maß zu beschränken. Wir werden es bis 14.00 Uhr nicht schaffen, das ist ganz klar. Wir werden bis 15.00 Uhr machen müssen, aber dann geht es wirklich nicht mehr. Das wollte ich damit angedeutet haben.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Reichelt von der Fraktion Bündnis 90/Grüne.

Dr. Reichelt für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich hoffe, daß Sie sich auch nach dieser dramatischen Entwicklung noch konzentrieren können und werde mich bemühen, mich, _____ kurz zu fassen.

Die DDR konnte trotz 40jähriger Bemühungen der Partei- und Staatsführung eigentlich keine eigene Identität entwickeln. Das Zugehörigkeitsgefühl zu den Ländern im geschichtlichen und im kulturellen Zusammenhang ist im wesentlichen geblieben. Das spüren wir gerade, wenn die Emotion zur Länderbildung in der Bevölkerung jetzt hochkommt. Wir waren in diesem Hause nicht einig über den Weg der Aufgabe der Souveränität der DDR, aber ich glaube, in der Länderbildung gibt es einen Konsens. Die Länder werden der Bezugsrahmen der Bürger der DDR in der Zukunft sein, wenn es die DDR nicht mehr gibt, ein Bezugsrahmen für die Bürger, die in diesem Land bleiben wollen und es mitgestalten wollen. Das Land muß dann regionale Bedürfnisse und Probleme berücksichtigen. Es muß die Besonderheiten des Ostteils Deutschlands beachten, und es muß auch der Träger der Strukturentwicklung sein, das heißt nicht nur der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklung, sondern auch der kulturellen, bildungspolitischen, agrarpolitischen und anderer.

Die Bürger müssen sich in ihrem Land wohlfühlen. Die Wirtschaft muß investieren wollen. Das ist eine Einheit, das gehört zusammen. Ich sehe bei der Wiedereinführung der Länder zwei Probleme. Es ist eine Wiedereinführung, aber das einzige, was